

# Berliner Tageblatt

433 • Ausgabe B Nr. 215  
gabe für Berlin u. Umgegend Nr. 433

und Handels-Zeitung

Chf-Redakteur Theodor Wolff in Berlin.  
Druck und Verlags von Rudolf Wolff in Berlin.

## Die Verhaftungen in München.

### Die Münchener Spuren der Mörder.

(Telegramm unseres Korrespondenten)

**München, 14. September.**  
 Die schon gemeldet, wurden von den in der Nordische Erz-  
 ger vorgenommenen Verhaftungen sechs aufgedeckt.  
 den beiden Mördern sind auch die Verhafteten seine  
 zugehörig, sondern gehören dem Kreis nationalsozialistischer  
 deutscher und christlicher Offiziere an, der sich unter dem  
 ungesetzlichen Ausnahmezustand und unbefähigt durch Zwangsverfügungen  
 mehr und mehr nach München verzog. Die Unter-  
 suchung bewegt sich auch in der Richtung, festzustellen, ob sich die  
 der Schutz und Zifferen auch schon zurzeit der Er-  
 zugehörig der Abgeordneten Garetz (in der Nacht zum  
 München aufhielten. Beide waren viel aus Reisen und  
 in sich selbst in ihrem Münchener Quartier. Müssen war seiner  
 gerung nach eine Zeitlang zwischen Preußen und Oberbayern  
 Verbindungsoffizier tätig, kam aber zwischenzeitlich  
 nach München zurück. Wohin und zu welchem Zweck  
 ist noch ungeklärt; faunmännlich war er nicht  
 tätig. Am 1. August überlebte auch er aus einer Besinnung  
 des Haus Magimiliansstraße 33; gleich darauf führen beide zum  
 der ihnen betreuten Familie nach Berlin. Am  
 August kam Schulz nach München zurück. Kurz vor dem Mord  
 er München mit unbekanntem Ziele. Einen Tag nach der  
 ordnung Erzberger tauchten beide wieder in München auf,  
 in Zifferen auch sein Zimmer in der Magimiliansstraße 33  
 lichte. Am 31. August verabschiedeten beide wieder.

### Die Koalitionsfrage in Bayern.

Fractionsberatungen. — Zentrumstimmen gegen rechts.

(Telegramm unseres Korrespondenten)

**München, 14. September.**  
 Die Fraktionsberatungen über die künftige Gestaltung  
 der bayerischen Koalition und die Neubestimmung des  
 Ministerpräsidenten haben im Laufe des heutigen Vor-  
 mittags begonnen. Um 10 Uhr trat die Bayerische Volks-  
 partei zusammen, der als deren Koalitionspartner die Auf-  
 gabe zufallen. Ministerpräsidenten vorzuschieben. Die Haltung  
 der Bayerischen Volkspartei wird dadurch gekennzeichnet, daß sie an-  
 derer Seite zwar dazu neigt, Herrn v. Kahr — vielleicht noch  
 ehrenhalber und in der Voraussetzung, daß er absteigt — noch einmal  
 zu präferieren, auf der anderen Seite aber in einem Artikel des  
 „Bayerischen Kuriers“ über „Bayerische Politik“ heute sehr  
 hart von den Deutschnationalen um Herrn Roth ab-  
 rückt. In diesem Artikel heißt es: „So wenig das Kompro-  
 mitt im neuen Preußens Reich die bayerischen Politik sein kann, so wenig  
 darf sich diese Politik auf den Konflikt mit jedem  
 Preis einstellen. Wer solcher Lösung folgt, der dient  
 anderen Zielen als den überparteilichen, für die  
 der gerechte Ausgleich den obersten Grundlag bildet; der verfolgt  
 andere Zwecke, als jene, die für die bayerische Politik bestimmend  
 sind. Solcher Koalitionsverhältnis sind nicht  
 schwebend Mißbrauch mit dem Selbstinteresse des Landes, für das  
 er zu stehen vorgibt; unter dem Deckmantel einer bayerischen  
 Politik gestiftet er die Grundlage des bayerischen Staates, nicht  
 Staatsinteressen, sondern nade und bloße Parteinter-  
 essen sind für seine Geltung entscheidend. Diese Politik, die sich  
 auf Bayern erst von dem Augenblick an befinnt, als man vermeint,  
 Bayern für die eigenen, politischen Pläne mitzubringen zu können,  
 diese Politik, die Bayern um die bayerischen Rechte so  
 oft verraten und mit Füßen getreten hat, hat in der  
 letzten Kritik den Ausgleich mit dem Reich mit allen Mitteln zu  
 hintertreiben versucht; sie hat sich vor allem für die Erhaltung des  
 bayerischen Ausnahmezustandes eingesetzt, weil sie hoffte, im Schutze  
 dieses Ausnahmezustandes ihre parteipolitischen Ziele fördern zu können.  
 Unter dem Deckmantel des Kampfes gegen die Revolution verfolgten  
 Kreise, die dieser Politik nicht fernstehen, Zweck, die sich von  
 revolutionären Zielen in nichts unterscheiden.  
 Das bayerische Volk, das durch die fürstliche Schule der Gefähr-  
 derung von 1919 in seiner überlegenen Mehrheit ein ent-  
 schlossenem Gegner der Revolution ist, verlangt darum  
 auch, daß dem bayerischen Staate in irgendeiner Form die  
 gelehrt und gestiftet bleibe, sich gegen neuen Umsturz zu sichern.  
 Das bayerische Volk lehnt aber nicht minder ent-  
 schieden als den Umsturz von links jene revo-  
 lutionäre Gegenrevolution ab, die sich der ver-  
 brechlichen Gewalttat und des feigen Mordes be-  
 dient, um zu ihrem Ziel zu gelangen. Mit brennender  
 Scham hat man es darum in Bayern vernommen, daß an der Er-  
 mordung des Abgeordneten Erzberger Personen be-  
 teiligt sind, die das bayerische Volkrecht zu ver-  
 brecherischen Intrigen mißbraucht haben.“

## Die Neuwahlen in Schweden.

(Von unserem Korrespondenten)

Stockholm, im September.

Das politische Leben Schwedens wird zurzeit von den  
 Wahlen beherrscht. Ihrem Ausfall sieht man diesmal mit  
 um so höherem Interesse entgegen, als sie zum ersten Male  
 nach einem neuen, fast unbefchränkten Wahlrecht erfolgten.  
 Unter dem Eindruck der über Mitteleuropa dahinjziehenden  
 Revolutionswelle wurde auch in Schweden durch das liberal-  
 sozialdemokratische Ministerium Ebn 1918 außer anderen  
 wichtigen Reformen eine völlige Demokratisierung des Wahl-  
 rechts herbeigeführt. Alle noch bestehenden Beschränkungen,  
 wie Begrenzung der Steuern, Ableistung der Wehrpflicht und  
 anderes, wurden beseitigt, und durch Ausdehnung des Wahl-  
 rechts auf die Frauen und Herabsetzung des wahlfähigen  
 Alters auf 23 Jahre wurde die Zahl der Stimmberechtigten  
 von 1.1 auf schätzungsweise 2.8 Millionen er-  
 höht. Nachdem diese Verfassungsänderungen inwischen Ge-  
 schehen, erlangt haben, hat die Regierung die bisherige  
 zweite Kammer aufgelöst, und am 10. September haben die  
 Neuwahlen begonnen.

Es gilt demnach diesmal, eine große Masse neuer Wähler  
 an die Urne zu bringen, und so zogen die Parteien mit er-  
 höhter Antrengung in den Wahlkampf. Die Parteiverhält-  
 nisse sind ziemlich einfach: Die Rechte wird gebildet von den  
 rechts herbeigeführt. Alle noch bestehenden Beschränkungen,  
 wie Begrenzung der Steuern, Ableistung der Wehrpflicht und  
 anderes, wurden beseitigt, und durch Ausdehnung des Wahl-  
 rechts auf die Frauen und Herabsetzung des wahlfähigen  
 Alters auf 23 Jahre wurde die Zahl der Stimmberechtigten  
 von 1.1 auf schätzungsweise 2.8 Millionen er-  
 höht. Nachdem diese Verfassungsänderungen inwischen Ge-  
 schehen, erlangt haben, hat die Regierung die bisherige  
 zweite Kammer aufgelöst, und am 10. September haben die  
 Neuwahlen begonnen.

### Die Namen der Mitbeschuldigten.

(Telegramm)

**München, 14. September. (W. Z. B.)**  
 am Mord an Erzberger wird mitgeteilt: Durch das tatkräftige  
 reifen der bayerischen, württembergischen und bayerischen Kriminal-  
 ist es gelungen, eine Anzahl Personen zu ver-  
 fassen, die nach dem bisherigen Ergebnis der Untersuchung in  
 tungen zu den Tätern hängen. Es handelt sich um  
 en Personen, meist aktive oder Reserveoffiziere, die  
 tändig der Marine angehörten, und die sich teils seit  
 ten, teils kürzere Zeit in München, angeblich zu Studienzwecken,  
 hielten. Es sind dies: Manfred v. Kitzinger, Erich Otto  
 tter, Adolf Hoffmann, Herbert Müller, Fritz Otto  
 rich, Karl Schöder und Johann Senf. Kitzinger ist  
 tändig von der Regierung des Mordes an Erz-  
 ger mit Schulz und Zifferen die Tat be-  
 zogen zu haben. Ferner hat v. Kitzinger, um  
 Mördern die Flucht zu erleichtern, deren Gepäck  
 aufzubewahren. Die übrigen Beschuldigten sind ver-  
 zigen in den Plan der beiden Täter eingeweiht  
 zigen zu sein, aber trotzdem keine Anstalt zu haben,  
 zu Zifferen und Schulz den Mord unmittelbar ausführen konnten.  
 sind noch zwei Personen festgenommen worden,  
 wurde aber kein Haftbefehl erlassen. Diesen wird Mitwisserschaft  
 zur Last gelegt. Bis jetzt ergibt sich nicht der geringste  
 achacht, daß an der Vorbereitung zur Tat, an ihrer Ausführung  
 an der Gasse zur Flucht der Mörder bodenständige Mün-  
 cher oder Bayern beteiligt waren.

### Die Landtagsfraktion und der Landesvorstand der Deutschen demokratischen Partei in Bayern werden morgen zur Lage und zur Frage ihrer Beteiligung an der Kabinettbildung Stellung nehmen.

Mitglied für die Haltung der Demokraten  
 bleiben die für die bisherige Koalition festgelegten Richtlinien,  
 doch wird das größte Gewicht darauf gelegt, daß die innerpolitischen  
 Verhältnisse einer ruhigeren Entwicklung zugeführt werden  
 und die Beziehungen zwischen Bayern und dem  
 Reich sich in Zukunft reibungslos gestalten.

### Keine Wiederkehr Kahrs.

(Telegramm unseres Korrespondenten)

**München, 14. September.**  
 Die „Münchener Zeitung“ stellt mit Bedauern fest, daß angesichts  
 der parteipolitischen Darstellung der Bayerischen Volkspartei über die  
 Lehren der Kabinettkrisis an eine Wiederkehr Kahrs nicht  
 mehr zu denken ist. An der Tat selbst die Bayerische Volkspartei  
 jetzt doch davon absehen zu wollen, Herrn v. Kahr auch nur der Form  
 halber nochmals zu präferieren.

### Ergebnisse der Hausdurchsuchung bei Dr. Heim.

(Telegramm unseres Korrespondenten)

**München, 14. September.**  
 In hiesiges Telegraphenbureau berichtet von einer bei Geheim-  
 Dr. Heim in Regensburg vorgenommenen und völlig er-  
 gnislos verlaufenen Hausdurchsuchung. Diese Nach-  
 suchung dürfte damit zusammenhängen, daß Heim s. Schwieger-  
 als Vermittler in eine zufällige Beziehung zu Zifferen ge-  
 kommen sei. Wie es heißt, beachtete Dr. Heim im Reichs-  
 Reichsverfahren gegen die von nichtbayerischen Polizeibeamten  
 vorgenommene Hausdurchsuchung zu erheben.

### Die Absperrung Oberschlesiens.

Einreiseverbote der interalliierten Kommission.

(Telegramm unseres Korrespondenten)

**Warschau, 14. September.**  
 Die interalliierte Kommission erließ ein Einreiseverbot für  
 alle, die außerhalb Oberschlesiens wohnen. Personen, die in  
 Schlesiens wohnen, erhalten die Erlaubnis zur Ausreise nur in  
 schiedlichen von den Kreiscontrolloren. Sichtvermerk, die  
 hiesige Konsulate außerhalb Oberschlesiens erteilen, sind un-  
 gültig. Auch die Einreiseerträge reichsdeutscher  
 Nationalisten, Vertreter größerer Tageszeitungen, sind abgelehnt  
 werden, weil angeblich reichsdeutsche Zeitungen „unbefeh-  
 ligte Öreueilmeldungen und Nachrichten über Intriken aus Ober-  
 schlesien gebracht hätten“.  
 Die englische Botschaft in Warschau ist am Dienstag  
 besetzt worden. In der deutsch-polnischen Grenze werden  
 Polen sechs neue Garnisonen eingerichtet; die Arbeiter  
 rechts benachteiligt.

### Die Absperrung Oberschlesiens.

Einreiseverbote der interalliierten Kommission.

(Telegramm unseres Korrespondenten)

**Warschau, 14. September.**  
 Die interalliierte Kommission erließ ein Einreiseverbot für  
 alle, die außerhalb Oberschlesiens wohnen. Personen, die in  
 Schlesiens wohnen, erhalten die Erlaubnis zur Ausreise nur in  
 schiedlichen von den Kreiscontrolloren. Sichtvermerk, die  
 hiesige Konsulate außerhalb Oberschlesiens erteilen, sind un-  
 gültig. Auch die Einreiseerträge reichsdeutscher  
 Nationalisten, Vertreter größerer Tageszeitungen, sind abgelehnt  
 werden, weil angeblich reichsdeutsche Zeitungen „unbefeh-  
 ligte Öreueilmeldungen und Nachrichten über Intriken aus Ober-  
 schlesien gebracht hätten“.  
 Die englische Botschaft in Warschau ist am Dienstag  
 besetzt worden. In der deutsch-polnischen Grenze werden  
 Polen sechs neue Garnisonen eingerichtet; die Arbeiter  
 rechts benachteiligt.

### Rechtsradikale Umtriebe in Schlesien.

(Telegramm unseres Korrespondenten)

**Warschau, 14. September.**  
 Die wie hören, ist im Verlauf eingeleiteter Nachforschungen über  
 die Bildung versäufelungsfeindlicher Organisation.

### Die Absperrung Oberschlesiens.

Einreiseverbote der interalliierten Kommission.

(Telegramm unseres Korrespondenten)

**Warschau, 14. September.**  
 Die interalliierte Kommission erließ ein Einreiseverbot für  
 alle, die außerhalb Oberschlesiens wohnen. Personen, die in  
 Schlesiens wohnen, erhalten die Erlaubnis zur Ausreise nur in  
 schiedlichen von den Kreiscontrolloren. Sichtvermerk, die  
 hiesige Konsulate außerhalb Oberschlesiens erteilen, sind un-  
 gültig. Auch die Einreiseerträge reichsdeutscher  
 Nationalisten, Vertreter größerer Tageszeitungen, sind abgelehnt  
 werden, weil angeblich reichsdeutsche Zeitungen „unbefeh-  
 ligte Öreueilmeldungen und Nachrichten über Intriken aus Ober-  
 schlesien gebracht hätten“.  
 Die englische Botschaft in Warschau ist am Dienstag  
 besetzt worden. In der deutsch-polnischen Grenze werden  
 Polen sechs neue Garnisonen eingerichtet; die Arbeiter  
 rechts benachteiligt.

### Die Absperrung Oberschlesiens.

Einreiseverbote der interalliierten Kommission.

(Telegramm unseres Korrespondenten)

**Warschau, 14. September.**  
 Die interalliierte Kommission erließ ein Einreiseverbot für  
 alle, die außerhalb Oberschlesiens wohnen. Personen, die in  
 Schlesiens wohnen, erhalten die Erlaubnis zur Ausreise nur in  
 schiedlichen von den Kreiscontrolloren. Sichtvermerk, die  
 hiesige Konsulate außerhalb Oberschlesiens erteilen, sind un-  
 gültig. Auch die Einreiseerträge reichsdeutscher  
 Nationalisten, Vertreter größerer Tageszeitungen, sind abgelehnt  
 werden, weil angeblich reichsdeutsche Zeitungen „unbefeh-  
 ligte Öreueilmeldungen und Nachrichten über Intriken aus Ober-  
 schlesien gebracht hätten“.  
 Die englische Botschaft in Warschau ist am Dienstag  
 besetzt worden. In der deutsch-polnischen Grenze werden  
 Polen sechs neue Garnisonen eingerichtet; die Arbeiter  
 rechts benachteiligt.

### Die Absperrung Oberschlesiens.

Einreiseverbote der interalliierten Kommission.

(Telegramm unseres Korrespondenten)

**Warschau, 14. September.**  
 Die interalliierte Kommission erließ ein Einreiseverbot für  
 alle, die außerhalb Oberschlesiens wohnen. Personen, die in  
 Schlesiens wohnen, erhalten die Erlaubnis zur Ausreise nur in  
 schiedlichen von den Kreiscontrolloren. Sichtvermerk, die  
 hiesige Konsulate außerhalb Oberschlesiens erteilen, sind un-  
 gültig. Auch die Einreiseerträge reichsdeutscher  
 Nationalisten, Vertreter größerer Tageszeitungen, sind abgelehnt  
 werden, weil angeblich reichsdeutsche Zeitungen „unbefeh-  
 ligte Öreueilmeldungen und Nachrichten über Intriken aus Ober-  
 schlesien gebracht hätten“.  
 Die englische Botschaft in Warschau ist am Dienstag  
 besetzt worden. In der deutsch-polnischen Grenze werden  
 Polen sechs neue Garnisonen eingerichtet; die Arbeiter  
 rechts benachteiligt.

### Die Absperrung Oberschlesiens.

Einreiseverbote der interalliierten Kommission.

(Telegramm unseres Korrespondenten)

**Warschau, 14. September.**  
 Die interalliierte Kommission erließ ein Einreiseverbot für  
 alle, die außerhalb Oberschlesiens wohnen. Personen, die in  
 Schlesiens wohnen, erhalten die Erlaubnis zur Ausreise nur in  
 schiedlichen von den Kreiscontrolloren. Sichtvermerk, die  
 hiesige Konsulate außerhalb Oberschlesiens erteilen, sind un-  
 gültig. Auch die Einreiseerträge reichsdeutscher  
 Nationalisten, Vertreter größerer Tageszeitungen, sind abgelehnt  
 werden, weil angeblich reichsdeutsche Zeitungen „unbefeh-  
 ligte Öreueilmeldungen und Nachrichten über Intriken aus Ober-  
 schlesien gebracht hätten“.  
 Die englische Botschaft in Warschau ist am Dienstag  
 besetzt worden. In der deutsch-polnischen Grenze werden  
 Polen sechs neue Garnisonen eingerichtet; die Arbeiter  
 rechts benachteiligt.

### Die Absperrung Oberschlesiens.

Einreiseverbote der interalliierten Kommission.

(Telegramm unseres Korrespondenten)

**Warschau, 14. September.**  
 Die interalliierte Kommission erließ ein Einreiseverbot für  
 alle, die außerhalb Oberschlesiens wohnen. Personen, die in  
 Schlesiens wohnen, erhalten die Erlaubnis zur Ausreise nur in  
 schiedlichen von den Kreiscontrolloren. Sichtvermerk, die  
 hiesige Konsulate außerhalb Oberschlesiens erteilen, sind un-  
 gültig. Auch die Einreiseerträge reichsdeutscher  
 Nationalisten, Vertreter größerer Tageszeitungen, sind abgelehnt  
 werden, weil angeblich reichsdeutsche Zeitungen „unbefeh-  
 ligte Öreueilmeldungen und Nachrichten über Intriken aus Ober-  
 schlesien gebracht hätten“.  
 Die englische Botschaft in Warschau ist am Dienstag  
 besetzt worden. In der deutsch-polnischen Grenze werden  
 Polen sechs neue Garnisonen eingerichtet; die Arbeiter  
 rechts benachteiligt.

### Die Absperrung Oberschlesiens.

Einreiseverbote der interalliierten Kommission.

(Telegramm unseres Korrespondenten)

**Warschau, 14. September.**  
 Die interalliierte Kommission erließ ein Einreiseverbot für  
 alle, die außerhalb Oberschlesiens wohnen. Personen, die in  
 Schlesiens wohnen, erhalten die Erlaubnis zur Ausreise nur in  
 schiedlichen von den Kreiscontrolloren. Sichtvermerk, die  
 hiesige Konsulate außerhalb Oberschlesiens erteilen, sind un-  
 gültig. Auch die Einreiseerträge reichsdeutscher  
 Nationalisten, Vertreter größerer Tageszeitungen, sind abgelehnt  
 werden, weil angeblich reichsdeutsche Zeitungen „unbefeh-  
 ligte Öreueilmeldungen und Nachrichten über Intriken aus Ober-  
 schlesien gebracht hätten“.  
 Die englische Botschaft in Warschau ist am Dienstag  
 besetzt worden. In der deutsch-polnischen Grenze werden  
 Polen sechs neue Garnisonen eingerichtet; die Arbeiter  
 rechts benachteiligt.